

# Jüchen konkret

in Verbindung mit

Zwischen

## RHEIN und ERFT

Ausgabe 1/2006

### Bernd Scheelen, unser Mann in Berlin



Der auch für Jüchen zuständige Bundestagsabgeordnete Bernd Scheelen (SPD) läßt keine Zweifel aufkommen: „Für mich heißt das (Un-)Wort des Jahres eindeutig „Brüllasphalt“. Lärm macht krank. Bei der Instandsetzung der A 46 zwischen Dreieck Holz und Kreuz Wanlo sind die berechtigten Interessen der Bürger offenbar nicht ausreichend berücksichtigt worden.“ Mehr unten auf dieser Seite.

### Ulrike Apel-Haefs, unsere Frau in Düsseldorf

Nach einem Jahr Schwarz-Gelb in Düsseldorf spricht die heimische Landtagsabgeordnete Klartext: „Das Jahr des Kindes ist zum Jahr des Sparens an den Kindern geworden. Bei den Kleinsten wird in vielen Bereichen gekürzt.“ Ihr Fazit: NRW wird einfach schlecht regiert.“ Mehr auf Seite 3.



## Hürt ens, leev lück!

„Von dä SPD хүrt mer jo nix“, хүrt mer de eene oder angere sare. Dat stemp op de en Sig, op de andre ever och widder net. Würte de Ziedunge, die mier all eh so krieje, alles eh su bränge däte, wie mier et denne jeve würte, dann wöre mier jo fruh. Dat donnt die ever neet un wenn, dann hanse och noch dat een oder andere verängert oder losse och noch jot wes wat fot. Wat könnt ihr all dann don? Kalt met ungs, schriefst uns wat üch op'm Hetz lig, dann könne mier och für uns all jet don.

Maat et joot!

**Joachim Drossert**  
Stellv. Bürgermeister

Und hier für alle:

Liebe Bürgerinnen und Bürger! Es wird häufig von Ihnen gesagt: „Von der SPD хүrt man ja nichts.“

Das stimmt - Information ist eine Bringschuld. Wir bemühen uns, Sie mit Meldungen anzusprechen. Sie können uns aber kaum hören, weil die umgebende Presselandschaft unsere Mitteilungen nur wenig oder einseitig verändert gedeihen läßt.

Das stimmt aber auch nicht - Information ist eine Holschuld. Sie könnten uns hören, wenn Sie die angebotenen Gespräche annehmen würden. Eine Erfahrung aller Parteien ist aber, dass eine Einladung in eine öffentliche Versammlung von niemandem befolgt wird. Wenn sich aber doch einer dahin verirrt, dann erschrickt der Vorsitzende zuerst schneller als er sich darüber freuen kann.

Da halten Sie nun gerade die neue Zeitung von uns in den Händen. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf umfassende und ungefilterte Information über unsere Arbeit im Rat und darüber hinaus im Kreis und im Land. Das wollen wir mit „Jüchen - konkret“ erreichen. Konstruktive Ideen und Kritik sollen unsere Sache sein. Ein parteilicher Seitenhieb auf andere ist dabei immer erlaubt und kann von Ihnen schmunzelnd aussortiert werden.

Ob wir von jetzt an mehr Glück mit Ihnen haben?

Mit den besten Wünschen  
**Holger Tesmann**  
Fraktionsvorsitzender



# Die kleine Stadt auf dem Lande

Jüchen sucht eine Vision von seiner Zukunft. Die Veränderungen, die seit der kommunalen Strukturreform 1975 die Gemeinde durch Umsiedlung und Gebietsentwicklung bis heute durchgemacht hat, sind gewaltig. Die Gemeinde will in ihren Bemühungen um Lebensqualität und Aufschwung zur kleinen Stadt weiterkommen.

Der vorliegende Entwurf „Leitbild Jüchen 2020“ ist ein großer Fortschritt. Endlich werden umfassend die Ziele der Gemeinde auf allen Lebensgebieten ins Auge gefasst, die zusammen gesehen und zusammen geführt werden müssen.

Die SPD unterstützt nach wie vor das Ziel der Gemeinde, die vor ihr liegende Schwelle von 25000 Einwohnern baldmöglichst hin zur „Kleinen Stadt“ zu überschreiten. Aus dem Leitbild begründen sich alle Maßnahmen, die die dazu erforderlichen harten Faktoren (zum Beispiel Bodenpolitik, Wirtschaftsförderung, Ver-

kehr, Einkaufszentren, Lebenshaltungskosten) und weichen Faktoren (etwa Schulen und Sport, Landschaftsstruktur und Erholungswert, bürgerliche Tradition und Modernität) einstellen und verstärken helfen.



Schulzentrum

Ein solches Leitbild macht auch alle Störfaktoren erkennbar, die tunlichst zu vermeiden sind (zum Beispiel eine riesige Schutt-Depotie und die Verzögerung der Rekultivierung im Braunkohlegebiet).

Die Chancen für die gewünschte Entwicklung sieht die SPD durch-

aus kritisch. Sie hat vielfältige Gespräche mit Bürgern dazu geführt und daraus wertvolle Anregungen gewonnen. Bei allen Widrigkeiten der Finanzlage muss die Gemeinde in die Chancen der Zukunft investieren und darf sich

nicht kaputt sparen. Entweder - Oder!

Eine Wirtschaftsförderung mit Konzept, aber ohne Manpower, kann nicht erfolgreich sein. Zeit-

Die Steigerung der Attraktivität einzelner dörflicher Wohnbereiche muß neu überdacht werden. Ihre verkehrstechnische und damit auch wirtschaftliche Anbin-



Lindenhof

dung kann durch ein Netzwerk von Anruf-Liniertaxis sicher entscheidend verbessert werden. Die Gemeinde als Gebiet mit überwiegend ländlicher Raumstruktur muss im Leitbild auch ihren agrarischen Charakter aufwerten und die Bedürfnisse der darin lebenden Menschen einbeziehen.

Die Leistung des Leitbilds von „Jüchen 2020“ wird in seiner Kraft bestehen, rückwärts gewandtes Beharren zu überwinden und die notwendige Integration von Arbeitswelt, Familienumfeld und einer in neuen Strukturen zusammenwachsenden Bevölkerung aller Generationen und Herkunft zu leisten.

Das erste Fazit aus Sicht der Jüchener Sozialdemokraten: „Ein klares und zielbewusstes Leitbild ist der beste Einstieg zu einem gelingenden Standortmarketing.“

## Erfolg für die Volksinitiative

**Jüchen (eb).** An einem Informationsstand sammelte die SPD Jüchen mehr als 50 Unterschriften innerhalb von drei Stunden. Die Volksinitiative verlangte von der Landesregierung, die geplante Senkung der Kinder- und Jugendförderung von 96 Millionen Euro auf 75 Millionen Euro zurückzunehmen.

Noch zum Neujahr hatte Ministerpräsident Rüttgers für 2006 das „Jahr des Kindes“ ausgerufen. Wenige Wochen später beschloß sein Kabinett die Kürzung

der gesetzlich zugesagten Summe um 21 Millionen Euro.

Die zu erwartende Konsequenz: Jugendeinrichtungen müssen geschlossen und Betreuer entlassen werden. Um das zu verhindern, wandte sich der Landesjugendring NRW mit seiner Volksinitiative an die Wähler.

Um erfolgreich zu sein, wurden Unterschriften von 0,5 Prozent der Wahlberechtigten benötigt, das sind 66152 Menschen. Schon nach der Hälfte der Zeit wurde die Zahl 100.000 über-

schritten. Und Mitte Mai, als die CDU/FDP-Koalition im Landtag ihren Haushaltsplan durchsetzte, die Jugendförderung bis zum Jahr 2010 auf 75 Millionen Euro einfror und damit auch das Begehren der Volksinitiative vom Tisch wischte, waren es mehr als 310.000 Unterschriften.

Ein Riesenerfolg der Initiative! Die Menschen werden sensibler und beginnen, sich politisch zurückzumelden.

Die Initiative im Internet:  
[www.volksinitiative-nrw.de](http://www.volksinitiative-nrw.de)

## Dämpfer für den Brüllasphalt

SPD fädelt sich mit Hilfe von Bernd Scheelen durch kleinen Dienstweg

Was für den Neubau der Autobahn A 61 bei Wanlo selbstverständlich war, ein lärmarmes Bahnbelag, war für die Instandsetzung der A 46 bei Wanlo bedeutungslos. So wollen es die bürokratischen Richtlinien für den Landesbetrieb Straßen NRW: Der aufgetragene Gussasphalt („Brüllasphalt“) verursachte ein Rollgeräusch, der die Anwoh-

auf 100 km/h zum Lärmschutz. Die Gemeinde unterstützt die Initiative. Im Januar 2006 lehnt die Behörde ab. Eine Schallberechnung am grünen Tisch hatte ergeben, dass nach geltender Verordnung die Belastung zwar oberhalb der Grenzwerte liegt. Diese sind aber nicht anzuwenden, da an der Autobahn keine bauliche Veränderung vorgenommen wur-

der. Der Lärm in der Nähe der Autobahn ist daher ortsüblich und zumutbar. Alles klar? Es bildet sich eine „Aktionsgemeinschaft Autobahnlärm“ in Hochneukirch, die Anfang März 2006 eine Protestliste mit 545 Unterschriften bei der Bezirksre-

gierung vorlegt. Die CDU haut auf die Pauke mit großem Personalaufwand und droht mit Dienstaufsichtsbeschwerde. Eine Gebärde, die Verärgerung bei den Behörden hervorruft, aber auch mobilisiert. Die SPD fädelt sich mit Hilfe Bernd Scheelens MdB durch den „kleinen Dienstweg“ und macht den Vorschlag, der den Landesbetrieb aus seiner Sackgasse holt: Begrenzung der Geschwindigkeit auf 100 km/h nicht wegen Lärmschutz, sondern wegen Sicherheit. Wenige Tage darauf - es war inzwischen Ende April 2006 - standen die Gebotsschilder an der A 46. Na also! Aber genügt das denn? Das bezweifelt selbst die Behörde. Den zusätzlichen Appell „Lärmschutz“ hat man unterlassen. Das wäre ja auch ein Schuß ins eigene Knie gewesen. Uwe Schraa will übrigens nicht locker lassen und den Planfeststellungsbeschuß für die A 46 einsehen.



ner Hochneukirchs tagsüber in die verschlossenen Häuser trieb und nachts nicht mehr schlafen ließ.

Die Anwohner wehren sich. Uwe Schraa beantragt im November 2005 bei der Bezirksregierung eine Geschwindigkeitsbegrenzung



Dr. Peter Struck, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag und frühere Verteidigungsminister, hat einen direkten Draht zum heimischen Abgeordneten Bernd Scheelen.

## Initiative von Bernd Scheelen fortgesetzt

# Strucks Sympathie für kurzen Draht

**Berlin/Korschenbroich/Jüchen (eb).** SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck setzte jetzt eine auf Vorschlag des Bundestagsabgeordneten Bernd Scheelen begründete Tradition fort: Er lud einen Fach-Arbeitskreis mit Vertretern kommunaler Spitzenverbände zu einem offenen Gedankenaustausch ein.

„Kommunalpolitische Fragen haben in der SPD-Bundestagsfraktion besonderes Gewicht. Deshalb brachte Peter Struck auch seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter“, betonte Bernd Scheelen, der auch kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ist.

Struck zeigte offen seine Sympathie für den „kurzen Draht“ zur Kommunalpolitik. Denn viele Themen, die auf Bundesebene behandelt werden, betreffen die Städte und Gemeinden unmittelbar.

So etwa Steuerfragen, wie die Reform der Unternehmenssteuer oder die Gewerbesteuer; die Umsetzung der Arbeitsmarktreform, die Föderalismusreform und auch

die kommunale Sozialpolitik oder das Ziel der SPD, mittelfristig den gebührenfreien Kindergartenplatz anbieten zu können. Die Gastgeber bedauerten übereinstimmend, dass in der Föderalismuskommission Anhörungsrechte für die Kommunen per Verfassung nicht durchsetzbar waren.

Einig war man sich in der Ablehnung einer Unternehmenssteuerreform nach dem Modell der Stiftung Marktwirtschaft - mit Steuerausfällen bis zu 23 Milliarden Euro. Sie würde zugleich die Kommunen ihrer wichtigsten Einnahmequelle - die Gewerbesteuer - berauben. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD habe schließlich die Hürde für einen Ersatz der Gewerbesteuer sehr hoch gehängt.

In der Diskussion blieb der Anspruch der SPD-Bundestagsfraktion auf gebührenfreie, qualitative Kindertageseinrichtungen. Dabei war man sich in der Sache einig: Die Stärkung der Entwicklung jeden Kindes als vollwertiges Mitglied der Familie und der Gesellschaft, seine eigenen Rechte und

Pflichten, seine Befähigung die Zukunft zu bewältigen, könne nicht an der Konsolidierung öffentlicher Haushalte scheitern. Peter Struck verwies auf eine vom Parteivorstand eingesetzte Arbeitsgruppe, die das gesamte heutige System der familienpolitischen Leistungen von rund 100 Milliarden Euro auf Möglichkeiten der Umschichtung untersuchen soll.

Wie wichtig kurze, unkomplizierte Kommunikationswege sind, zeigt zunehmend der Blick auf die europäische Ebene. Jenseits aller Veränderungen kommunaler Handlungsspielräume und Entscheidungsstrukturen, nimmt Europapolitik Einfluss auf kommunales Handeln. Aktuelle Stichworte sind die Europäische Dienstleistungsrichtlinie und die Daseinsvorsorge. Es geht auch darum, erfolgversprechende Handlungsansätze und Ideen unserer Nachbarn zu prüfen und sie gegebenenfalls in unseren Kommunen zu integrieren. Der Gedankenaustausch soll im Herbst fortgesetzt werden.

## Neue Mitglieder jeden Alters sind bei der SPD willkommen

**Rhein-Kreis Neuss (rt).** Politik ist leicht und schnell kritisierbar. „Die da oben...“ heißt es oft. Politiker sind weit entfernt von der Beliebtheit von Sportlern. Von Fernsehstars und -sternen gar nicht erst zu sprechen.

Aber Politiker machen einen wichtigen „Job“. Ohne die vielen tausend Menschen, die sich in ihrer Freizeit um Kommunalpolitik kümmern, ohne die gewählten Vertreter in den Stadträten und Kreistagen, ohne die hauptberuflichen Abgeordneten auf den verschiedenen Ebenen lebten wir in einer anderen Gesellschaft. Ohne Demokraten keine persönliche Freiheit. Kein sozialer Ausgleich, kein Ringen um Frieden und Freiheit.

Die SPD ist die älteste Partei in Deutschland. Sie hat unsere Demokratie und unseren Sozialstaat maßgeblich mitgestaltet. Wir wollen, dass unsere Kinder eine le-

benswerte und gerechte Gesellschaft vorfinden, in der ein solidarisches und friedliches Miteinander herrscht. Um dies zu erreichen werden Mitstreiterinnen und Mitstreiter benötigt.

Die SPD erarbeitet ein neues Grundsatzprogramm und sucht Antworten auf die Frage, wie unsere Grundwerte Frieden und Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit Leitplanken unserer Gesellschaft bleiben - angesichts von Staatsverschuldung, Globalisierung oder demografischer Entwicklung.

Aber auch persönliche und soziale Kompetenz, die im täglichen Leben und im Beruf immer wieder gebraucht werden, kann man bei uns erwerben und verbessern. Man kann Gemeinschaft erleben, mit Menschen, die sich auch für unsere Gesellschaft engagieren, sei es direkt vor Ort oder in Land und Bund.

Neue Mitglieder jeden Alters sind immer willkommen. Interesse? Informationen gibt es im Internet unter [www.spdkreisneuss.de](http://www.spdkreisneuss.de) oder Tel.: 02181-225000.



Kennt sich nicht nur dank eines Buchgeschenks aus im Kreis Neuss: Der neue SPD-Chef Kurt Beck mit seinem Namensvetter Kurt Bodewig und Kreisvorsitzendem Christian Thiel-Briesen.

## Die Organisation der SPD auf allen Ebenen

**Rhein-Kreis Neuss (eb).** Die SPD vor Ort ist den meisten bekannt. Aber wie ist eigentlich die SPD im Rhein-Kreis Neuss organisiert? Wer ist die Kreispartei und was ist ein Unterbezirk?

Die SPD setzt sich aus Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken (Landesverbände) und dem Bundesverband in Berlin zusammen. Die SPD im Rhein-Kreis Neuss ist als Unterbezirk der Kreisverband von 30 Ortsvereinen in sechs Städten - Neuss, Grevenbroich, Dormagen, Meerbusch, Kaarst und Korschenbroich sowie den zwei Gemeinden Jüchen und Rommerskirchen. Vorsitzender der SPD im Rhein-Kreis ist der Dormagener Christian Thiel-Briesen (40).

Ein wichtiger Partner der Kreis-SPD ist die Kreistagsfraktion der SPD. Der gehören SPD Kreistagsabgeordnete und sachkundige Bürger aus den acht Kommunen

des Rhein-Kreises Neuss an. Vorsitzende der Kreistagsfraktion ist die Korschenbroicherin Ulrike Apel-Haefs, MdL, die auch das Amt der stellvertretenden Landrätin ausübt.

Aber auch auf anderen Ebenen repräsentieren Abgeordnete des Rhein-Kreises Neuss ihre Interessen. Im Bundestag ist die Kreis-SPD durch den ehemaligen Bau- und Verkehrsminister Kurt Bodewig und durch den ausgewiesenen Kommunalpolitiker Bernd Scheelen vertreten.

Kurt Bodewig vertritt die Städte Neuss, Grevenbroich und Dormagen sowie die Gemeinde Rommerskirchen. Bernd Scheelen ist für Meerbusch, Kaarst, Korschenbroich und die Gemeinde Jüchen im Bundestag. Dem Landtag gehören der in Jüchen lebende ehemalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Fritz Behrens und Ulrike Apel-Haefs an.



Der neue SPD-Chef Kurt Beck dankte seinem aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Vorgänger Matthias Platzeck mit Rotwein und Rebstock aus Rheinland-Pfalz.

## Beck hat beste Beziehungen in den Rhein-Kreis hinein

Delegierter Christian Thiel-Briesen freute sich über gutes Wahl-Ergebnis

**Rhein-Kreis Neuss/Berlin (tb).** Ministerpräsident Kurt Beck aus Rheinland Pfalz ist auf dem SPD-Sonderparteitag Mitte Mai in Berlin zum neuen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt worden. Er erhielt mit 95,1 Prozent der Ja-Stimmen ein hervorragendes Ergebnis. Die Neuwahl war notwendig geworden, nachdem der bisherige Vorsitzende Matthias Platzeck unerwartet sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung stellen musste.

„Junge, das ist eine große Baustelle“, habe sein Vater die Aufgabe beschrieben, für die Kurt Beck angetreten ist. Er will die Wurzeln der Partei stärker in den Blick nehmen und die vertrauens-

volle Zusammenarbeit in Partei und Fraktion suchen.

Mit einer kämpferischen und stark programmatisch geprägten Rede hat Kurt Beck auf dem SPD-Parteitag für Geschlossenheit und Selbstvertrauen seiner Partei geworben. Dem Partner in der großen Koalition sagte er Verlässlichkeit zu, kündigte aber gleichzeitig an, die SPD werde in dem Regierungsbündnis sehr wohl erkennbar bleiben. Dazu gehöre unter anderem auch die Sicherung eines funktionierenden Gemeinwesens durch einen handlungsfähigen Staat.

Als Delegierter der SPD aus dem Rhein-Kreis Neuss besuchte der Vorsitzende Christian Thiel-Briesen den Parteitag: „Selbstverständlich habe ich Kurt Beck gewählt. Ich freue mich über sein gutes Ergebnis und glaube, dass seine persönliche Art und seine Bodenständigkeit unserer Partei sehr helfen können. Ich erwarte, dass nun eine Phase der personellen Konsolidierung in unserer Partei einsetzt.“

Kurt Beck ist im Rhein-Kreis Neuss ein bekannter und gern gesehener Gast. Zuletzt unterstützte er im Bundestagswahlkampf Kurt Bodewig MdB bei einer vom Kreisverband organisierten Veranstaltung in Neuss. Bodewig war ebenfalls mit der Wahl Becks zum neuen Vorsitzenden zufrieden: „Ich gratuliere zu seiner Wahl.

## Die Adressen auf einen Blick

Damit Sie mehr über die SPD und die Arbeit für den Rhein-Kreis erfahren können, erhalten Sie hier die Adressen im Überblick:

SPD im Rhein Kreis Neuss  
Willy-Brandt-Haus  
Platz der Republik 11  
41515 Grevenbroich  
[www.spdkreisneuss.de](http://www.spdkreisneuss.de)  
[ub.neuss@spd.de](mailto:ub.neuss@spd.de)  
Telefon: 02181/2250-00  
FAX: 02181/2250-40

SPD Kreistagsfraktion  
Willy-Brandt-Haus  
41515 Grevenbroich  
Platz der Republik 11  
[brigitte.baasch.ktf@t-online.de](mailto:brigitte.baasch.ktf@t-online.de)  
Telefon: 02181/2250-20  
FAX: 02181/2250-40

Wahlkreisbüro Kurt Bodewig, MdB  
Willy-Brandt-Haus  
Platz der Republik 11  
41515 Grevenbroich  
[www.kurt-bodewig.de](http://www.kurt-bodewig.de)  
[kurt.bodewig@wk.bundestag.de](mailto:kurt.bodewig@wk.bundestag.de)  
Telefon: 02181/2133899

Wahlkreisbüro Bernd Scheelen  
Bommershöfer Weg 5  
40670 Meerbusch  
[www.berndscheelen.de](http://www.berndscheelen.de)  
[bernd.scheelen@wk2.bundestag.de](mailto:bernd.scheelen@wk2.bundestag.de)  
Telefon: 02159/911783

Wahlkreisbüro Dr. Fritz Behrens  
Oberstraße 23  
41460 Neuss  
[www.fritzbehrens.de](http://www.fritzbehrens.de)  
[Fritz.Behrens@landtag.nrw.de](mailto:Fritz.Behrens@landtag.nrw.de)  
Telefon: 02131/7198314

Wahlkreisbüro Ulrike Apel-Haefs  
Willy-Brandt-Haus  
Platz der Republik 11  
41515 Grevenbroich  
[ulrike.apel-haefs@landtag.nrw.de](mailto:ulrike.apel-haefs@landtag.nrw.de)

## Impressum

**Herausgeber:**  
Ausgabe Korschenbroich:  
SPD Stadtverband Korschenbroich  
Ausgabe Jüchen:  
SPD Gemeindeverband Jüchen  
**Herstellung:** MFM Facility Management GmbH, Heersir. 17, 41542 Dormagen  
**Redaktion:**  
Ausgabe Korschenbroich (Seiten 1,2,4):  
Albert Richter, Rheinstraße 4  
41352 Korschenbroich, (v.i.S.d.P.)  
Ausgabe Jüchen (Seiten 1,2,4):  
Dr. Holger Tesmann, Unter den Linden 23  
41363 Jüchen-Garzweiler (v.i.S.d.P.)  
**Druck:** Joh. Heider Druck GmbH  
Paffrather Straße 102-116  
51465 Bergisch Gladbach

© alle Urheberrechte beim Herausgeber.

# „Wir brauchen Arbeitsplätze statt Prestige-Schlagzeilen“

**Kreis-SPD: Großprojekte vertragen keine Alleingänge**

**Grevenbroich/Rhein-Kreis Neuss (rt).** In Grevenbroich befindet sich derzeit die größte Baustelle Deutschlands. Hier werden zwei Braunkohlekraftwerke mit dem Namen „BOA 2 + 3“ gebaut. Die Investitionen betragen 2,2 Milliarden Euro, rund 4000 Arbeitnehmer sind bis 2010 dadurch beschäftigt. Die Dimensionen dieses Kraftwerksparks sind gewaltig. Ohne Zweifel wird die Landschaft zwischen Erft und Gilbach nachhaltig verändert. Trotzdem ist die Akzeptanz in der Region hoch, sichern die Kraftwerke doch vor allem Arbeitsplätze im Tagebau und senken durch neue Anlagentechnik und höheren Wirkungsgrad die Emissionen, zum Beispiel auch CO<sub>2</sub>. Aber es gibt auch kritische Stimmen, zumal die Arbeitsplatzbilanz nach Fertigstellung negativ sein wird und auch die Umweltbelastung im Grevenbroicher Raum hoch bleibt. Mitten in diese Situation platzt schon wieder etwas Neues: RWE Power kündigt die Entwicklung eines CO<sub>2</sub> freien Kraftwerks an - Technik für Übermorgen. Doch Landrat Dieter Patt (CDU) zieht spontan Frimmersdorf als Standort aus der Tasche. Wie man hört, wurden zuvor weder die Stadt Grevenbroich noch die Politik gefragt. Eine solche Entscheidung darf aber sicher nicht nach Gutsherrenart getroffen werden. Schließlich sind noch eine Reihe von Fragen zu klären. Vor allem geologische, ökologische, technische und wirtschaftliche. Dazu kommen juristische und genehmigungsrechtliche Rahmenbedin-

gungen. Kurz und gut, genug Stoff für eine sorgfältige Debatte. Wesentlich für dieses wichtige Projekt ist die Akzeptanz der Menschen. Und die wollen früh und genauer darüber informiert werden, was in ihre Nachbarschaft kommen soll. Darum mahnt die SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag und Abgeordnete des Landtags, Ulrike Apel-Haefs: „Der Landrat ist gut beraten, die Menschen und die Politik nicht zu überrennen. Solche Projekte vertragen keine Alleingänge. Wir brauchen neue Arbeitsplätze und keine Prestige-Schlagzeilen. Als erstes gehören dazu mehr und bessere Informationen.“



Großprojekte wie der Bau der beiden Braunkohlekraftwerke in Grevenbroich müssen nach Meinung der SPD gut vorbereitet sein - Alleingänge aus Prestige Gründen seien nicht angebracht.

## Auch Konservative kritisieren Rüttgers

Haushaltspolitik: Wohlfahrtsverbände befürchten Reduzierungen

**Rhein-Kreis Neuss (eb).** Nach einem Jahr schwarz-gelber Landespolitik in Nordrhein-Westfalen muss man bereits feststellen, dass das soziale Gleichgewicht in unserem Land nachhaltig zu Lasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft verändert worden ist, so die Stellungnahme der beiden SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Fritz Behrens und Ulrike Apel-Haefs.

Bereits vor dem offiziellen Jahrestag des Regierungswechsels in NRW hat unlängst in einer spontanen Pressekonferenz die Landesregierung Bilanz ihrer Politik gezogen. Über diesen verfrühten Zeitpunkt kann durchaus spekuliert werden. Wollte man auch auf seine Erfolge verweisen, ehe die Presse ein Jahr schwarz-gelbe Landespolitik zum Anlass nehmen würde, eine möglicherweise kritische Bestandsaufnahme zu machen? Die Vermutung liegt nahe, denn schon wenige Tage vorher hatte die Landesregierung durch eine möglicherweise manipulierte „Erfolgsbilanz“ von sich reden gemacht. So wurde eine von der Bildzeitung ermittelte mäßige Leistungsbilanz von Rüttgers und einer schlechten von Laumann, plötzlich zu einer sehr guten Bilanz. Die „Pfeil-Affäre“ rauschte durch den Blätterwald in NRW. Diese Tendenz des Schönredens haben Rüttgers (CDU) und sein Stellvertreter Pinkwart (FDP) dann auch bei der Präsentation ihrer Politik in der Pressekonferenz behalten. Ihre eigene Politik bekam von ihnen selbst nur Bestnoten. Ein „Bilderbuchstart“ habe die Regierung hingelegt, es sei „die beste NRW Landesregierung seit langem“. Die Realität nach einem Jahr schwarz-gelber Landespolitik in NRW sieht allerdings völlig anders aus.

**Bereich Schule:** Das modernste Schulsystem Europas habe man auf den Weg gebracht, so Rüttgers. Das was als

Gesetzentwurf vorliegt ist aber ein Rückfall in die Schulpolitik der 50er Jahre: Auflösung der Schulbezirke, frühe Auslese durch Lehrgutachten beim Übergang zu weiterführenden Schulen. Die Schwächung der Gesamtschule zugunsten des Gymnasiums wird zu verfrühter Auslese und damit zu mehr Chancenungleichheit führen. Alle Anhörungen zu dem geplanten Schulgesetz haben in diesen und anderen Punkten deutliche Kritik angemeldet. Bisher ohne Erfolg.

**Hochschule:** Die Hochschulen in NRW sollen in eine so genannte Freiheit entlassen werden, die nur mühsam kassiert, dass es sich in Wahrheit

Entwicklung gerade mal um 2,7 Prozent zurückgegangen - der Länderdurchschnitt liegt bei über 5 Prozent - und steht weiterhin bei über einer Million.

**Polizeireform:** Die Polizeireform, von Innenminister Ingo Wolf als „großer Wurf“ angekündigt, wird nicht nur von Experten und Betroffenen als völlig konzeptionsloses Flickwerk bezeichnet, sondern wird auch zu einer Zerreißprobe zwischen CDU und FDP. Von „handwerklich sauberer Arbeit“ (Rüttgers) kann auch hier keine Rede sein.

Privat vor Staat: Das ist der Grundsatz der sich durch alle Felder der Politik von Schwarz-Gelb durchzieht. Bei diesem Ansatz

heftigste Kritik anhören müssen. Deshalb bläst der Regierung Rüttgers auch nirgendwo der Wind so ins Gesicht wie bei der Sparpolitik zu Lasten des Landesjugendplans und der Familienhilfe. Sämtliche Wohlfahrtsverbände, auch diejenigen die traditionell der CDU nahe stehen, sind gegen den Sparhaushalt der Landesregierung Sturm gelaufen: Durch die überproportionalen Kürzungen im Kinder/Jugend- und Sozialbereich wurden Strukturen zerschlagen, deren Folgekosten noch gar nicht absehbar sind. Auch die Träger im Rhein-Kreis Neuss sind davon betroffen, wie sich die SPD-Landtagsabgeordneten Fritz Behrens und Ulrike Apel-Haefs bei Gesprächen mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände überzeugen konnten. Kündigungen, Reduzierung und sogar die Einstellung von Maßnahmen werden die Folgen sein.

Verschiedene Volksinitiativen haben über 300.000 Unterschriften gegen die Sparpolitik gesammelt. Aber auch davon hat sich die Landesregierung unbeeindruckt gezeigt. Geringfügige Änderungen am Haushaltsplan waren reine Kosmetik. Bis zuletzt haben sich Behrens und Apel-Haefs mit der SPD-Fraktion für eine Rücknahme der Kürzungen eingesetzt. Die Regierungskoalition hat sich jedoch bei den Haushaltsberatungen genauso hartleibig und beratungsresistent gezeigt, wie in allen anderen Politikfeldern und den



Die Landtagsabgeordneten Ulrike Apel-Haefs und Dr. Fritz Behrens (Mitte) zogen eine ernüchternde Bilanz des ersten Jahres der neuen Landesregierung. Links Rainer Thiel, Geschäftsführer der SPD im Rhein-Kreis Neuss.

## Keine Zuständigkeit für Eltern mit Nöten

CDU verhindert den Ausbau der Beratung

**Rhein-Kreis Neuss (eb).** „Mein Sohn hat im Diktat 60 Fehler“, „Unsere Tochter besitzt überhaupt kein Zahlenverständnis“, „Unser Kind hat in der Schule Angst.“ Mit solchen Nöten wenden sich viele Eltern täglich an den Schulpsychologischen Dienst des Rhein-Kreises Neuss. Über 2000 mal im Jahr klingelt bei der Beratungsstelle das Telefon oder stehen Hilfe suchende Eltern vor der Tür. Doch während bei Lese-, Rechtschreib- und Rechenschwäche der Schulpsychologische Dienst konkrete Hilfestellungen anbietet, kann dem ängstlichen oder auch verhaltensauffälligen Schüler hier nicht geholfen werden. „Für Kinder mit Verhaltensproblemen sind wir leider nicht zuständig“, bekommen die Rat suchenden Elternteile Bescheid. Dem Schulpsychologischen Dienst fehlen die Psychologen, die Eltern bleiben frustriert allein. Die Ursache für dieses eingeschränkte Beratungssystem liegt in einer Personalkürzung im Jahre 2003. Der Schulpsychologische Dienst musste sich auf die drei Kernbereiche Teilleistungsschwierigkeiten (Lesen, Rechtschreiben, Rechnen), Schullaufbahnfragen und Begabtenförderung konzentrieren. Kinder mit

problematischen Verhaltensauffälligkeiten fallen durch den Rost, eventuell nennt man noch Adressen anderer überbelasteter Beratungsstellen oder privater Therapeuten. Seit Jahren fordert deshalb die SPD-Kreistagsfraktion die Stellenkürzung der Kreiseinrichtung zumindest teilweise zurückzunehmen und weitere Berater einzustellen. Seit Jahren lehnt die mit ausreichender Mehrheit ausgestattete CDU-Fraktion aber dieses Anliegen ab und lässt die Hilfe suchenden Eltern im Regen stehen. Unterstützung fand die CDU in der letzten Schulaussitzung des Kreises nur noch bei ihrem Hilfskoalitionär FDP, deren größtes Anliegen es ist, die Schulen für private Werbung zu nutzen, damit zusätzliche Einnahmen erzielt werden können. Vielleicht würde diese Partei ja zustimmen, wenn die Berater von Werbepartnern ausgestattet würden. „Der Schulpsychologische Dienst leistet im Rahmen seiner Möglichkeiten ausgezeichnete Arbeit“, stellte der schulpolitische Sprecher der SPD, Reinhard Rehse, fest. „Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass er personell besser ausgestattet wird, damit keine Eltern mehr abgewiesen werden müssen.“

um den Rückzug des Landes aus der Verantwortung für Bildung handelt. Auch hier spricht die Kritik der Experten und der Hochschulen selbst eine deutliche Sprache. Bisher ohne Erfolg. Während Rüttgers und Pinkwart in der Pressekonferenz die Segnungen ihrer Politik priesen, demonstrierten vor dem Landtag tausende von Studenten gegen die Studiengebühren. Auch hier die Tendenz zur sozialen Auslese.

**Arbeitsmarktpolitik:** NRW sollte ein „Land der neuen Chancen werden“. Er traue sich zu, ein Beschäftigungspotential von einer Million Arbeitsplätzen zu aktivieren, so Rüttgers zu Beginn seiner Amtszeit. Nach einem Jahr ist die Bilanz ernüchternd. Die Arbeitslosigkeit ist in NRW trotz einer allgemein positiven

wird es sicher Gewinner geben. Aber gerade diejenigen werden Verlierer dieser Politik sein, die auf die solidarische Unterstützung durch den Staat am meisten angewiesen sind. Dies sind Kinder, sozial Schwache und Behinderte. Ein Jahr des Kindes sollte es werden, so hatte es Rüttgers zu Beginn seiner Amtszeit vollmundig verkündet. Es ist ein Jahr des Sparens an Kindern geworden. Zuschüsse des Landes zu den Kindergartenbeiträgen wurden gestrichen.

Die Kommunen, viele in der Situation der Haushaltssicherung, werden Kosten für diese fehlenden Gelder an die Eltern weitergeben müssen. Rüttgers hat sich deshalb kürzlich von Vertretern des Städte- und Gemeindebundes (darunter viele CDU-Mitglieder)

Haushalt mit ihrer Mehrheit verabschiedet. Ein Haushalt der sozialen Ungerechtigkeiten und dennoch mit der höchsten Neuverschuldung die ein Haushalt in NRW je hatte.

**RHEIN-KREIS**  
**Impressum**  
**Seite 3**

**Herausgeber:**  
SPD - Unterbezirk im Rhein-Kreis Neuss  
Willy-Brandt-Haus, Platz der Republik 11,  
41515 Grevenbroich

**Herstellung:** MFM Facility Management  
GmbH, Heerstr. 17, 41542 Dormagen

**Redaktion:** Rainer Thiel (v.i.S.d.P.), Christian-Thiel-Briesen, Ulrike Apel-Haefs, Reinhard Rehse, Detlev Zenk.

**Druck:** Joh. Heider Druck GmbH  
Paffrather Straße 102-116  
51465 Bergisch Gladbach

© alle Urheberrechte beim Herausgeber.



Die Grundschule wird im neuen Schuljahr endlich fertig sein.

## Zunehmendes Unverständnis

Wann sind die Umsiedlungen abgeschlossen ?

Mehr als zwanzig Jahre liegen seit dem Beginn der Umsiedlung von Garzweiler bereits hinter uns. Die Umsiedlung von Garzweiler ist längst abgeschlossen. Das Dorf-, Vereins- und Kirchenleben hat sich stabilisiert. Und auch die Wohnqualität hat zugenommen durch die nachwachsende Flora und Fauna.

Die Umsiedlungen von Otzenrath, Spenrath und Holz werden auch bald abgeschlossen sein. Von den alten Dörfern ist nichts oder kaum noch etwas übrig. Schon jetzt ist es schwierig geworden, in den alten Dörfern die Stelle wieder zu finden, wo einst das alte Anwesen gestanden hat. Die Landschaft ist abgeräumt. Die Bagger fressen sich voran.

An den neuen Standorten sind großräumige Siedlungen entstanden. Denn mehr als achtzig Prozent der Bürger sind dort hin umgesiedelt und beginnen nach anfänglichen Schwierigkeiten ein neues Leben, mit neuen Nachbarn, aber in vertrauter Gemeinschaft.

Die Umsiedler haben selbst dafür gesorgt, dass diese Gemeinschaft erhalten geblieben ist, dass es eine Kirche am neuen Ort gibt, einen Kindergarten, eine Schule und einen Sportplatz. Widerstände waren dabei häufig zu überwinden. Nicht zuletzt wegen fehlender oder knapper Mittel, die RWE-Power als Entschädigung abgerufen werden mussten. Die Umsiedler haben sich ebenso erfolgreich bemüht, dass Vereinsleben mit hinüber zu retten und die Mitglieder in den Vereinen zu halten.

Das war für viele in der arbeitsreichen Neubauphase nicht immer einfach. Aber auch dies ist Dank vieler in den Vereinvorständen tätigen Ehrenamtlichen gelungen. Am deutlichsten zeigt sich dies in den gemeinsamen Feiern, die nun in den neuen Orten wieder stattfinden: Schützenfest, Karneval, Maifeier und Oktoberfest, um nur einige zu nennen.

Gelungen ist auch die Ansiedlung von Gewerbe im Ortszentrum und in den Randlagen. Die Integration der Obsthöfe sowie der Land- und Pferdewirtschaft am Ortsrand zeichnet das Zu-

sammengehörigkeitsgefühl der Umsiedler aus. Hier gibt es keine Weiler wie bei den Umsiedlungen zuvor. Man ist zusammengewückt.

Stattlich sind die neuen Orte auch geworden. Seit mehr als acht Jahren haben die Otzenrather, Spenrath und Holzer die Mühen und die Unbill der Umsiedlung ertragen und ertragen sie heute zum Teil immer noch. Und dies zunehmend mit Unverständnis.

Noch immer fehlen ganze Straßenzüge, die noch zu teeren sind. Umleitungen über Feldwege sind zu fahren, obwohl andere Lösungen denkbar sind. Die unfertigen Straßen verursachen bei Trockenheit lästige Staubentwicklung und bei Regen verwandeln sie sich in modderige Fahrwege, die nur im Kriechtempo zu durchfahren sind.

Der Dorfplatz, als Aushängeschild des Ortszentrums in Otzenrath ist immer noch nicht in Angriff genommen, obwohl detaillierte Planungen bereits seit Jahren bestehen. Auch dieses Jahr ist es wieder versäumt worden, die Vegetationsphase zum Anpflanzen der vorgesehenen Bäume zu nutzen. Die Bürgerinnen und Bürger werden somit noch ein ganzes Jahr warten müssen, bis die Herichtung des Platzes beginnt. Oder zeichnen sich etwa andere Lösungen ab?

Noch besuchen die Grundschüler aus Otzenrath ihre alte Schule. Ein unerträglicher Zustand, der im neuen Schuljahr vorüber sein wird, wenn die neue Schule fertig ist. Dann steht die Infrastruktur. Ist die Umsiedlung dann abgeschlossen? Äußerlich schon. Fast. Denn die Seele eines Ortes, das Grün, das alles zusammenhält und verbindet muss erst noch wachsen, muss den Orten seinen jeweils eigenen Charakter verleihen - und das wird noch einige Zeit dauern.

Abgeschlossen wird aber die Umsiedlung erst sein, wenn die Umsiedlerinnen und Umsiedler sie auch innerlich vollzogen haben.

So wird jeder einzelne seinen individuellen Zeitpunkt finden müssen, wo er zu sich sagen wird: „Für mich ist die Umsiedlung abgeschlossen.“ - Aber ist sie es dann auch wirklich?



Der Dorfplatz wurde immer noch nicht in Angriff genommen.

## Die Ratsmitglieder der SPD stellen sich vor

### Ein starkes Team

Die acht Mitglieder der SPD-Ratsfraktion Jüchen:

- 1 = Joachim Drossert (Jüchen, 02165 - 2410)  
Stellvertretender Bürgermeister  
Vorsitzender Ausschuss Schule und Jugend
- 2 = Holger Tesmann (Garzweiler, 02165 - 5306)  
Fraktionsvorsitzender, stellv. Vors. Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehrsentwicklung
- 3 = Reiner Lange (Otzenrath, 02165 - 879409)  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- 4 = Gerhard Geisler (Aldenhoven, 02182 - 5799337)  
Geschäftsführer der Fraktion
- 5 = Petra Radbruch-Schneider (Schaan, 02165 - 911240)  
Vorsitzende Ausschuss für Bau und ÖPNV
- 6 = Helga Wolff (Hochneukirch, 02165 - 2173)
- 7 = Rüdiger Wolff (Hochneukirch, 02164 - 2173)
- 8 = Hubert Noehlen (Bedburdyck, 02181 - 44992)  
Stellvertretender Vorsitzender Ausschuss für Sport

## Austausch mit Leers



Jüchen (eb). Europa findet überall statt, auch kommunal. Der Austausch mit unseren französischen Partnern aus Leers soll intensiver gepflegt werden. Anfang Mai war eine große Gruppe um Bürgermeister Jean-Claude Vanbelle zu Besuch und zu einer gemeinsamen Ratssitzung in Jüchen. Im Vorjahr sind nach einer Feierstunde noch etwas mühsam die Nationalhymnen abgesungen worden. Dieses Mal wurden Erfolg und Misserfolg einer europäischen Verfassung zum Thema einer Aussprache gewählt. Hierfür hätten wir uns einen leibhaftigen Europa-Parlamentarier als Redner gewünscht. Aber man fing klein mit einem Repräsentanten der Neusser CDU an. Immerhin, auf das Ergebnis kommt es an. Und das war eine sehr lebhaftige Debatte, professionell simultan übersetzt, über Befürchtungen und Missverständnisse, Hoffnungen und Zwänge im Europa-Friedensprozess. Europa wächst auch im menschlichen Erlebnis einer solchen Debatte.

Mitte Juni findet der Jüchener Gegenbesuch zum traditionellen Mühlenfest in Leers statt. Zehn Radlern haben sich zusammen gefunden, darunter Willi Cremer, der Geschäftsführer des Partnerschaftskomitees, und Dagmar Schröder, seine frühere Vorsitzende. Sie wollen die Strecke von 300 Kilometern in drei Tagen zurücklegen. Sie planen, in Leers zum gleichen Zeitpunkt wie die übrige Delegation im Bus einzutreffen. Schon im Vorjahr hatte Gerhard Geisler, SPD-Ratsmitglied, alleine die Strecke erkundet. Ist sie für fortgeschrittene Jahrgänge überhaupt zu bewältigen? Heute nun organisieren er und seine Frau Evelyn Route und Tagesplan, Übernachtung und Begleitfahrzeug. Unser Wunsch: Sonne, Rückenwind und eine geruhsame Rückfahrt im Bus.

## Politische Stichwörter

### Agenda

Fahrplan zum politischen Handeln, der sich mit einer Jahreszahl selbst unter Zeitdruck setzt.

### Nachhaltigkeit

- Der Grundsatz, nicht schon heute die Lebensgrundlagen von übermorgen zu verfrühstücken.

- Das Prinzip, die eigenen Bedürfnisse in der Gegenwart zu befriedigen, ohne die Ansprüche zukünftiger Generationen zu schmälern.

- Die Strategie, heute Gewinne zu erwirtschaften, ohne dabei dem Markterfolg für die Zukunft das Wasser abzugraben.

### Share-houlder value

Das prinzipielle Gegenteil von Nachhaltigkeit: Bediene zuerst

das kurzfristige Profitinteresse deiner Geldgeber.

### Soziale Gerechtigkeit

Urteilen Sie selber! Seit 30 Jahren sind die Netto-Einkommen der Abhängig-Beschäftigten praktisch konstant geblieben. Die Netto-Einkommen aus Unternehmertum und Kapital haben sich in derselben Zeit nahezu vervierfacht.

### Tallek-schou

Heimkino als Ersatz für die eigene Suche nach Information und das politische Gespräch unter Bürgern.

### Zwischen Rhein und Erft

Zeitung im Rhein-Kreis Neuss, für die Kommunen spezifisch gestaltet, für jeden politischen Leser gedacht, für Sie kostenlos.

## Sechs Rotbuchen für Baumaktion

Jüchen (eb). Dem Land der Gemeinde fehlt Baumbestand mit Grün und Schatten. Auf einer Bodenfläche von 7184 Hektar hat die Gemeinde 58 ha Wald (0,8 Prozent) und 591 ha Gebäudeflächen (8 Prozent) für Wohnen und Gewerbe. Der Rhein-Kreis Neuss treibt mit seinem Landschaftsplan ein Programm zur Waldvermehrung. Und so sind in den letzten fünf Jahren südlich von Wallrath und nördlich von Damm, bei Aldenhoven und zwischen Hackhausen und Bahnhof. Hochneukirch gut 20 ha Wald neu entstanden. Im Herbst wird ein neues Stück zwischen Dürselen und Waat hinzu kommen.

Einen anderen Weg beschreitet die Gemeinde seit dem Frühling 2003 auf Initiative der damals noch existenten Grünen Partei um Paul Quack. Umgeben von Wohngebieten im Ort Jüchen entsteht seitdem ein „Bürgerwäldchen“, das Baum für Baum als Geschenk der Bürger weiter wächst. Heute sind es schon 67 Bäume und für mehr als 20 ist immer noch Platz. In der jüngsten Pflanzaktion im März sahen

Schulfreunde der katholischen Grundschule Jüchen einen willkommenen Anlaß zu ihrem regelmäßigen 5-Jahrestreffen. Bei einem Sektfrühstück traf sich eine große Gruppe des Jahrgangs 1940/41, von der noch 15 Mädchen und 17 Jungen miteinander in Kontakt stehen, und pflanzten fröhlich ihren Baum. „Wenn wir nicht mehr leben, ist der Baum noch da“, sagte ihre Organisatorin Hannelore Zimmermann, die heute in Grevenbroich wohnt.

Es mussten sechs Rotbuchen sein, verabredete sich die SPD zur gleichen Baumaktion, je eine für die drei Ortsvereine, den Gemeindeverband und die Ratsfraktion und eine persönliche vom Bürgermeister-Stellvertreter Joachim Drossert. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo sie Grün und Schatten spenden für ein politisches Picknick im Freien.

Stefan Weyerstrass, der im Rathaus dafür zuständig ist und über Geschichte, Beurkundung und Ablauf der Baumaktion bereitwillig Auskunft erteilt, nimmt gerne die nächsten Bestellungen entgegen, Tel.: 02165-915175).



Bürgerwäldchen: Baum für Baum ein Geschenk der Bürger